



Eine Auswertung der Bundesagentur für Arbeit liefert aktuell bedrückende Auskunft über die Integration ausländischer Staatsbürger. Demnach kommen auf 100 arbeitende Deutsche 10 deutsche Bürgergeld-Empfänger. Auf 100 steuerzahlende Ausländer hingegen treffen 50 ausländische Transfer-Bezieher ohne deutschen Pass. Die Daten stammen dabei aus dem Mai 2023.

Zu diesem Zeitpunkt gingen 34.728.159 Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Von diesen knapp 35 Millionen Beschäftigten hatten 29.433.789 (84,8 Prozent) einen deutschen Pass, wie das Nachrichtenportal Nius berichtet. Hinzu kamen 5.294.354 ausländische Staatsbürger, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen (15,2 Prozent). Ihnen standen im Mai vergangenen Jahres 5.508.735 Regelleistungsberechtigte gegenüber, von denen 52,7 Prozent einen deutschen Pass und 47,3 Prozent einen ausländischen Pass hatten.

Schlüsselt man die Zahlen auf die einzelnen Nationen auf, so ergibt sich ein differenziertes Bild. Bei den Top-8-Asylländern standen 100 Steuerzahlern rund 173 Bürgergeld-Empfänger gegenüber. Bei Syrern (100 zu 248), Afghanen (100 zu 199) und Ukrainern (100 zu 489) stellen sich die Zahlen dabei besonders dramatisch dar. Wohingegen Einwanderer aus China, Taiwan, Kroatien, Tschechien und Ungarn sogar seltener von Arbeitslosigkeit betroffen sind als deutsche Staatsbürger.

Lars Patrick Berg, Mitglied des Europäischen Parlaments, kommentierte:

Die Zahlen zeigen deutlich, dass ein grundlegender Kurswechsel in der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik zwingend geboten ist, um unsere sozialen Sicherungssysteme nicht zu überlasten. Nach einer Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Bernd Raffelhüschen belaufen sich die Kosten der derzeitigen Migration auf 5,8 Billionen Euro, wenn Reformen weiterhin ausbleiben. Ich pflichte Raffelhüschen gleichermaßen bei, wenn dieser feststellt, dass der Beitrag ausländischer Arbeitskräfte zum Wohlstand und der Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme gewürdigt werden muss. Deutschland steht vor der Herausforderung jene, die arbeits- und integrationswillig sind, viel stärker zu fördern, diese Arbeits- und Integrationsbereitschaft aber gleichermaßen von allen Migranten konsequent einzufordern.

Wenn die Bundesregierung weiter ihre Augen vor den Tatsachen verschließt, gefährdet sie die Zukunft unseres Sozialstaates und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Mit Blick auf die Zahlen muss angeführt werden, dass nicht alle Leistungsempfänger dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Umso härter fällt der Umstand ins Gewicht, dass Bundesregierungen seit 2015 daran scheitern, bürokratische Barrieren für Migranten zum Arbeitsmarkt umfangreich abzubauen, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Wenn wir es den Steuerzahlen in Zukunft nicht zumuten möchten, die Kosten einer falschen Migrationspolitik zu bezahlen, muss Migration begrenzt werden.

Einwanderung muss sich an der Qualifikation der Zuwanderer für Branchen mit Fachkräftemangel, den vorhandenen Kapazitäten für Sprach- und Integrationskursen sowie der Integrationsbereitschaft der Zuwanderer orientieren. Deutschland muss die Leistung von Arbeitnehmern stärker belohnen, sie durch härtere Sanktionen für arbeitsunwillige Bürger aber auch konsequent einfordern.

Die derzeitige Laissez-Faire-Politik der Ampel-Koalition in Fragen von Migration, Asyl und Integration trägt zu fremdenfeindlichen Tendenzen in der Gesellschaft und dem Erstarren von Radikalismus bei. Ein Weiter-So ist gefährlich und stellt keine Alternative dar.“